

2019-03-20

Stadt Dessau-RoßlauZerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040**Niederschrift****über die Sitzung des Stadtrates am 06.02.2019**

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:54 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:**Fraktion Pro Dessau-Roßlau**

Schönau, René entschuldigt

Freie Fraktion Dessau-Roßlau

Hernig, Andreas entschuldigt

Fraktion der CDU

Bierbaum, Heinz entschuldigt

Gebhardt, Roland entschuldigt

Kolze, Jens entschuldigt

Müller, Christa entschuldigt

Schwabe, Jörg entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Harald entschuldigt

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Hofmeister, Dirk unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung des Stadtrates und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 34 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form einstimmig beschlossen (35:00:00).

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, zur Sitzung (35).

Abstimmungsergebnis:

3 Genehmigung der Niederschriften vom 05.12.2018 und 19.12.2018

Die Niederschrift vom 05.12.2018 wird einstimmig beschlossen (30:00:05).

Die Niederschrift vom 19.12.2018 wird einstimmig beschlossen (29:00:06).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des Oberbürgermeisters ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Dr. Möbius, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, Herr Mau, Fraktion CDU, Herr Rumpf, Fraktion CDU und Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, zur Sitzung (39).

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sondersitzung des Stadtrates am 19.12.2018 gab es keine nichtöffentlichen Beschlüsse.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:30 Uhr

Dem **Bürger 1** wurde in der Sitzung des Stadtrates am 05.12.2018 erklärt, dass die Abstimmungsberechtigten zu Beginn der Sitzung festgestellt werden und diese Anzahl für die ganze Sitzung gilt. In der Sitzung am 05.09.2018 wurde zu Beginn der Sitzung eine Anzahl von 30 Abstimmungsberechtigten festgestellt. Dennoch wurden bei den Wahlen zum Tagesordnungspunkt 7.1 ein Ergebnis von 37 abgegebenen Stimmen festgestellt. Es haben somit mehr Personen abgestimmt, als berechtigt waren. Wenn mehr Personen abstimmen, als dazu berechtigt sind, ist es eine Wahlfälschung.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, ermahnt den Bürger 1, dass er die Tätigkeit des Stadtrates nicht als Wahlfälschung bezeichnen soll, da ihm sonst das Wort entzogen wird.

Bürger 1 wiederholt, dass zu Beginn der Sitzung 30 Abstimmungsberechtigte festgestellt wurden und zum Tagesordnungspunkt 7.1 laut Niederschrift 37 Stimmen abgegeben wurden.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verweist auf das Kommunalverfassungsgesetz LSA (KVG LSA). Die Anmerkungen zur Anwesenheit der Stadträte in vergangenen Sitzungen, sind nicht relevant.

Der **Bürger 1** hätte darauf gern eine Antwort.

Frau Perl, Fraktion SPD, Frau Müller, Fraktion SPD, Herr Eichelberg, Fraktion SPD, und Herr Tschammer, Fraktion SPD, verlassen die Sitzung. Es sind somit 35 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Außerdem macht der **Bürger 1** auf die Sitzung des Stadtrates am 05.12.2018 aufmerksam. Dort wurde ihm sein Rederecht in der Einwohnerfragestunde durch Frau Storz, 2. stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates entzogen. Dazu hatte Frau Storz, 2. stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, seiner Meinung nach, nicht das Recht. Der § 17 der Geschäftsordnung gibt an, dass der Vorsitzende die Ordnung handhabt und das Hausrecht ausübt. Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates hatte dem Bürger 1 das Wort erteilt und leitete somit auch die Sitzung. In diesem Fall galt der § 23 der Geschäftsordnung, dass bei Zweifel über die Auslegung und Anwendung der Geschäftsordnung, der Vorsitzende des Stadtrates über die Verfahrensweise entscheidet.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, unterbricht den Bürger 1, da keine Diskussionen über die Geschäftsordnung in der vergangenen Sitzung geführt werden. Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, hat Frau Storz, 2. stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, am 05.12.2018 die Leitung der Sitzung übergeben.

Bürger 1 antwortet, dass die Leitung der Sitzung nur übergeben werden kann, wenn der Vorsitzende des Stadtrates selbst etwas sagen möchte. Im Zweifel über die Auslegung entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates über die Verfahrensweise. Erhebt sich gegen seine Entscheidung Widerspruch, so entscheidet der Stadtrat mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Bürger 1 hatte dem Wortentzug klar widersprochen, trotzdem durfte der Stadtrat darüber nicht entscheiden. Zu Beginn der Einwohnerfragestunde erzählte Frau Storz, 2. stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, dass Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, die Entscheidungen trifft. Es liegt somit eine Amtsanmaßung von Frau Storz, 2. stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates vor.

Dann merkt der **Bürger 1** an, dass Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, nach der Sitzung am 05.09.2018 direkt erklärt wurde, dass die Anzahl der Abstimmungsberechtigten nicht bekannt war. Deswegen hat der Bürger 1 angeboten, seine Aufnahmen zur Aufklärung zu nutzen. Auch die angekündigte Prüfung seiner Aufnahmen ist

noch nicht erfolgt, da die Aufzeichnungen von dem Bürger 1 noch nicht verlangt wurden.

Der **Bürger 1** fragt Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, weshalb bei ihm gegen die Geschäftsordnung verstoßen wird und welche Konsequenzen dies für Frau Storz, 2. Stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates hat.

Frau Perl, Fraktion SPD, Frau Müller, Fraktion SPD, Herr Eichelberg, Fraktion SPD, und Herr Tschammer, Fraktion SPD, betreten die Sitzung. Es sind somit 39 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Frau Lechler hat eine Antwort von Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, nach der Sitzung des Stadtrates am 05.12.2018 erhalten. Nach dem § 17 der Geschäftsordnung leitet der Vorsitzende des Stadtrates die Verhandlung im Rahmen der Geschäftsordnung. Er ist für die Ordnung in der Sitzung zuständig und übt das Hausrecht aus. Wer gegen die Ordnung verstößt, die Würde des Hauses verletzt oder sich ungebührlich oder beleidigend äußert, wird zur Ordnung gerufen. Sie fragt, nach welchem Paragraphen der Geschäftsordnung es zulässig ist, das Mikrofon in der Einwohnerfragestunde abzustellen und welche Vergehen dafür vorliegen müssen.

Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, leitet die Sitzung nach dem pflichtgemäßen Ermessen und er hatte den betroffenen Bürger am Mikrofon versucht zur Ordnung aufzurufen. Dies hatte den Bürger nicht interessiert und die Beigeordnete weiterhin heftig beleidigt.

Frau Lechler merkt an, dass bei ihr sowie bei Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke, das Mikrofon ebenfalls schon abgestellt wurde. Dafür möchte sie gern die Gründe erfahren.

Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, antwortet, dass auch die Überschreitung der Redezeit ein Grund dafür sein kann.

Der **Bürger 3** findet es nicht gut, dass 3 Anmeldungen erfolgen mussten, bevor eine Bestätigung eingegangen ist. In der Sitzung des Stadtrates am 05.12.2018 wurde einem Bürger unrechtmäßig das Wort entzogen. Der betroffene Bürger bezeichnete dies als Diktatur. In den Ausstrahlungen des Offenen Kanals wurde dies herausgeschnitten. Der Bürger 3 wüsste gern, wer dies veranlasst hat.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, kann die Frage nicht beantworten, da er nicht bei dem Offenen Kanal beschäftigt ist und auch keinen Einfluss darauf hat. Die Anfrage muss der Bürger 3 direkt bei dem Offenen Kanal stellen.

Der **Bürger 3** hat im vorigen Jahr gesehen, dass die Wohnungen für die Flüchtlinge in der Umgebung ausgeräumt wurden. Die Wohnungen wurden noch nicht bei der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH gekündigt. Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate und der Mieter der Wohnungen ist die Stadt Dessau-Roßlau. Der Bürger 3 merkt an, dass die jährlichen Gesamtkosten bei 15 Wohnungen ca. 59.400,00 Euro betragen würden. Die Nebenkosten müssen ebenfalls getragen werden. Es entsteht somit eine hohe Summe an Geldverschwendung. Der Bürger 3 fragt, ob die Wohnungen gekündigt wurden und um welchen Gesamtbetrag es sich dabei handelt.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, antwortet, dass die angemieteten Wohnungen aus dem Jahr 2015 und 2016 stark reduziert wurden. Es gibt noch einen Restbestand, welcher weiterhin vorgehalten wird. Dafür hat die Stadt Dessau-Roßlau keine Gemeinschaftsunterkunft welche für den Zuzug freigehalten wird. Es wurde das Prinzip der dezentralen Unterbringung in der Stadt Dessau-Roßlau beschlossen und an diesem wird auch weiterhin festgehalten. Diese Wohnungen werden auch für andere soziale Zwecke genutzt, wie z. B. bei häuslicher Gewalt. Es wird dennoch eine Zuarbeit zum Anfangs- und Endbestand der angemieteten Wohnungen, für den Bürger 3 angefertigt.

Der **Bürger 3** bittet darum, wenn Personen eine Anfrage zu einer bestimmten Wohnung stellen, diese dann den Personen zu vermieten.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, hat ebenfalls das Bestreben, dass die Wohnungen von den Flüchtlingen übernommen werden, jedoch besteht eine freie Wohnortwahl.

Bürger 3 stellt eine Anfrage, welche einem Bürger bereits schriftlich beantwortet wurde. Vor einiger Zeit wurde eine Anfrage zur Benennung des Platzes vor dem Bauhausmuseum in Mies-van-der-Rohe-Platz gestellt. Der Bürger 3 erklärt, dass Mies van der Rohe ein glühender Anhänger der Nationalsozialisten war und die Wahl des Staatsoberhauptes unterstützt hat. Somit kann dieser Platz nicht nach einer solchen Person benannt werden. Gleichzeitig ging es um die Information, welche die Stiftung Bauhaus zu dieser Angelegenheit hatte und ob die Stadt Dessau-Roßlau von der Stiftung ordnungsgemäß zu diesem Sachverhalt aufgeklärt wurde. Da dieser Sachverhalt damals völlig unbekannt bei der Abstimmung im Stadtrat war, bittet der Bürger um eine genaue Erklärung des Sachverhaltes anhand der neuen Tatsachen, die zur Abstimmung bekannt waren und warum es dazu keine neue Abstimmung gab.

Herr Oberbürgermeister Kuras kann sich an diese Anfrage erinnern. Er widerspricht, dass es sich bei Mies van der Rohe um einen glühenden Anhänger des Nationalsozialismus handelt. Mies van der Rohe hat einen Aufruf von Künstlern mit unterschrieben, welche die Wahl zum Inhalt hatte. Jedoch wurden in den Vereinigten Staaten zahlreiche renommierte Institutionen auch nach Mies van der Rohe benannt. Es wurde damals auch eine Recherche im Stadtarchiv vorgenommen. Aus seiner Sicht liegen keine Hinderungsgründe vor, diesen Platz so zu benennen. Es sollten alle drei Bauhausdirektoren dieser Stadt geehrt werden. Er wird dennoch eine schriftliche Antwort angefertigt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Schlecht-Pese, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, zur Sitzung (40).

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, macht auf die Stellungnahme von Herrn Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, in der Mitteldeutschen Zeitung zur Rechnungsprüfung der „Partnerschaft für Demokratie“ aufmerksam. Es ist nicht gut, wenn der Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters in dieser Form kritisiert wird. Außerdem wurde er zitiert, dass er die Rechnungsprüfung angeregt hat. Dabei hat er lediglich die Akteneinsicht vorgenommen und den Geschäftsbereich von Herrn Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, über seine Feststellungen informiert. Außerdem lobt er die zuständigen Mitarbeiter, welche in kollegialer Weise während der Prüfung die vorhandenen Fehler abgestellt haben und aufzeigen konnten, dass die Abrechnungen in der Zukunft ordentlich vorgelegt werden können. Er hätte es für gut befunden, wenn dies auf dem kollegialen Weg geklärt worden wäre.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, informiert, dass zu den öffentlichen Informationen des Oberbürgermeisters die schriftlich ausgereichten Informationen zum Stand der Beschlusskontrollen und Baumaßnahmen sowie der aktuelle Sachstand zum Hochwasserschutz gehören. Diese liegen den Stadträten vor und werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellt eine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Umgang mit Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Dessau-Roßlau. Nach Artikel 19 Petitionsrecht der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalts, hat Jedermann das Recht, sich Einzelnen oder in Gemeinschaft mit Bitten oder Beschwerden an den Landtag, die Vertretungen des Volkes in den Kommunen und an die zuständigen Stellen, zu wenden. In angemessener Frist ist ein Bescheid zu erteilen. Das Beschwerdewesen und der Umgang mit den Bitten und Beschwerden sind ein zentraler Gradmesser für den Umgang mit Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in unserer demokratischen Grundordnung. Daher stellt er folgende Fragen an den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Petitionen nach Artikel 19 der Landesverfassung an die kommunale Vertretung und an die zuständigen Stellen sind in den Jahren 2016 bis 2018 jeweils eingegangen?
2. In welcher Form (schriftlich, elektronisch, mündlich - telefonisch oder persönlich) haben sich die Bürgerinnen und Bürger jeweils an die Stadtverwaltung und an die zuständigen Stellen gewandt (bitte jeweils zu Petitionen und Petitionsadressaten Summen aufführen)?

3. Welche weiteren Beteiligungsmethoden gibt es neben der Petition nach Artikel 19 der Landesverfassung, und welche werden aktiv verfolgt?
4. Gibt es in der Stadtverwaltung und den zuständigen Stellen schriftlich fixierte Regularien zum Umgang mit den Eingaben? Wenn ja, wie sehen diese aus, bzw. welche sind das, und sind diese öffentlich zugänglich?
5. Welche thematischen Schwerpunkte standen im Mittelpunkt der Eingaben der Bürgerinnen und Bürger (bitte in Jahresscheiben von 2016 bis 2018)?
6. Wie lange dauert die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Petitionen, und gibt es interne zeitliche Vorgaben zur Beantwortung?
7. In welcher Form erhalten die Bürgerinnen und Bürger eine Antwort bezogen auf die jeweilige Einreichungsform der Petition?
8. Wie viele Eingaben der Bürgerinnen und Bürger blieben unbeantwortet (bitte in Jahresscheiben 2016 bis 2018, jeweils bezogen auf die Einreichungsform)?
9. Gibt es jeweils ein elektronisches System (ggf. auch unterschiedliche Systeme) zur Erfassung, Bearbeitung und Bescheidung der eingegangenen Petitionen?
10. In welcher Form wurde den Bürgerinnen und Bürgern geholfen?
11. In wie vielen Fällen konnte der Eingabe der Bürgerinnen und Bürger Rechnung getragen bzw. Abhilfe geschaffen werden?
12. Findet eine systematische Auswertung der eingereichten Petitionen statt? Wenn ja, in welcher Form?
13. In welcher Form und wem gegenüber gibt es eine Berichterstattung über Petitionen?
14. Inwieweit werden diese Kenntnisse der Öffentlichkeit bzw. den kommunalen Vertretungen zugänglich gemacht?

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist auf den § 43 Abs. 3 Satz 2 und 3 KVG LSA und bittet um eine schriftliche Antwort.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkt an, dass die Landesverfassung LSA die Petitionen regelt und im Landtag gibt es einen gesonderten Petitionsausschuss welcher diese speziell behandelt. In diesem Fall muss der Begriff Petition vor der Beantwortung geklärt werden. Nicht jede Anfrage eines Bürgers ist gleich als eine Petition anzusehen und daher möchte er noch einmal das Gespräch suchen, um die Fragen genauer zu erörtern. In der Regel werden alle Anfragen fristgemäß beantwortet. Sollte die Beantwortung eine längere Zeit in Anspruch nehmen, gibt es einen Zwischenbescheid.

Außerdem geht **Herr Oberbürgermeister Kuras** auf den Redebeitrag von Herrn Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, ein und macht darauf aufmerksam, dass der Sachverhalt sachbezogen geprüft wird und es seitens der Verwaltung keine Befindlichkeiten gibt. Solche Prüfungen können auch dazu dienen, den Umgang mit Verwendungsnachweisen zu verbessern und auf Schwachstellen in den Förderbedingungen aufmerksam zu werden.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, macht auf den Unfallschwerpunkt Kavallerstraße aufmerksam. Auf der südlichen Seite an der Ampel befindet sich mittlerweile eine Warnbake. Es besteht die Frage, ob die Kavallerstraße unter den Unfallspekten geprüft wurde. Eine Ausstattung mit Reflektoren an der Straßenbahnhaltestelle könnte dabei Abhilfe schaffen. Diese Grautöne der Haltestelle und der Straße sind sehr irritierend und nicht immer gut zu erkennen. Außerdem müssen verstärkt Kontrollen durchgeführt werden, da die Straße oft durch den Schwerlastverkehr genutzt wird.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, stimmt Herrn Hoffmann, Fraktion Die Linke, zu. Die Straße wird weiterhin beobachtet und es wurde bereits die erwähnte Warnbake aufgestellt. Oft nimmt es eine gewisse Zeit in Anspruch, bis sich die Autofahrer an eine neue Situation gewöhnt haben. Die Ausschilderung bezüglich des Schwerlastverkehrs wird ebenfalls kontrolliert. Leider benutzen die LKW-Fahrer oft die Navigationssysteme der PKW-Fahrer.

Herr Adamek, Fraktion CDU, geht erneut auf den Bahnhofsvorplatz und den Busbahnhof in Dessau ein. Ihm wurde eine Aktennotiz der Beratung zugesendet, bei dem es um den Bodenbelag ging. Es liegt kein Beschluss zu dem jetzigen Bodenbelag vor und es gibt auch keine Aufhebung des vorherigen Beschlusses, welcher große Platten vorsieht. Er hätte gern eine Verbindlichkeit, wann die Baumaßnahmen fertiggestellt sind.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, bittet **Herrn Säbel, Leiter des Tiefbauamtes**, um die Beantwortung der Anfrage. Es gab keine Einwände diesbezüglich.

Herr Säbel, Leiter des Tiefbauamtes, informiert, dass die Baumaßnahmen bis Mitte April 2019 fertiggestellt sind. Auf Nachfrage von **Herrn Adamek, Fraktion CDU**, antwortet er, dass der Gussasphalt bestehen bleibt, aber der jetzige Zustand der Plätze noch verändert wird. Außerdem verweist er auf die Rede des Oberbürgermeisters, dass es noch Abstimmungen geben wird, welche Maßnahmen am effizientesten sind.

Herr Adamek, Fraktion CDU, begrüßt die Warnbake an der Kavallerstraße, da eine monatliche Erneuerung der Ampel, kostenintensiver wäre.

Außerdem hat die Fraktion der CDU das Thema „Handyparken“ analysiert. **Herr Adamek, Fraktion CDU**, erklärt, dass es momentan fünf Anbieter an den Parksäulen gibt. Diese Anbieter sind für den Nutzer, zuzüglich zu den Parkgebühren, kostenpflichtig. Es gibt aber auch Anbieter, wie bei dem Magdeburger Modell, die für den Nutzer nicht kostenpflichtig sind. Dieses Modell wurde in der Beschlussvorlage von 2017 durch die Stadtverwaltung angepriesen. Dies wurde durch die Beschlussvorlage von 2018 geändert. Herr Adamek, Fraktion CDU, hat Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, bezüglich der Beschlussvorlage von 2018 gefragt, welche Änderungen sich für den Nutzer ergeben. Daraufhin gab es die Antwort, dass es keine Änderungen gibt. Diese Aussage war somit falsch. Für den Nutzer kommen nun zusätzliche Kosten zwischen 0,10 € und 0,99 €, bis hin zu einer Jahresgebühr von 4,90 €, hinzu. Seiner Meinung nach, ist dies nicht im Sinn der Bürger oder der ursprünglichen Beschlussvorlage von 2015, welche bis heute nicht aufgehoben wurde. Diese Beschlussvorlage sieht deutlich vor, dass keine weiteren Kosten

für den Nutzer hinzukommen. Aus diesem Grund stellt Herr Adamek, Fraktion CDU, folgende Fragen.

1. Warum hat sich die Stadtverwaltung in der 3. Beschlussvorlage von der einen Anbieterlösung, zu dem Mehranbietersystem entschieden?
2. Warum wurde seine Frage unvollständig oder auch unwahr beantwortet?
3. Wie hoch sind die Kosten für die Stadtverwaltung im Vergleich zu den anderen Lösungsansätzen?
4. Magdeburg preist sich damit, dass sie 20 % Mehreinnahmen haben, obwohl sie die Nutzungskosten tragen. Warum ist dieser Anbieter nicht mit angefragt wurden oder wurde er angefragt?
5. Welche rechtliche Situation ist aus den wiederkehrenden aber geänderten Beschlüssen entstanden? In Hinblick darauf, dass der Ursprungsbeschluss des Stadtrates weder aufgehoben noch namentlich geändert wurde.
6. Welche Kündigungs- bzw. Wechselmöglichkeiten gibt es aktuell noch?
7. In welcher Form sieht die Stadtverwaltung auf den Anbieterseiten, teils schwierig zu findenden und unübersichtlichen Tarifstrukturen, als bürgerfreundlich und transparent an?

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sichert eine schriftliche Antwort zu.

Außerdem bedankt sich **Herr Adamek, Fraktion CDU**, für die schnelle Umsetzung der Ehrenamtskarte.

Herr Dr. Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, geht auf das Quartierskonzept „Am Leipziger Tor“ ein. Der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt hat beschlossen, dieses Konzept in die Offenlage zu geben. Es gibt viele kritische Punkte und es wurde im Nachgang beschlossen, dass die Bewohner und Gebietsakteure intensiv mit beteiligt werden. Es ist wichtig, dass die unstrittigen Maßnahmen, wie die energetische Sanierung der Kindertagesstätte „Wirbelwind“ weiter entwickelt werden. Aufgrund dessen hat die Wohnungsgenossenschaft Dessau ihre Mieter aufgerufen, sich dort zu beteiligen. Es besteht die Befürchtung, dass das Schwabehaus zu wenig Platz für diese Beratung bietet und daher fragt er, ob am Donnerstag ab 15:00 Uhr der Ratssaal zur Verfügung steht. Er empfand es als seltsam, dass dort abschlägig reagiert wurde und dem Verein mitgeteilt wurde, dass sie einen Beamer und eine Leinwand mitbringen sollen. Aus diesem Grund fragt er nach der weiteren Verfahrensweise.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, antwortet, dass die Beschlussvorlage der Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen zum Quartierskonzept „Am Leipziger Tor“ beschlossen wurde. Die eigentliche Beschlussvorlage wird in der Öffentlichkeit diskutiert, um sie dann unter Beteiligung aller Ausschüsse und Beiräte beschließen zu können. Außerdem informiert sie, dass es im Dezember 2018 eine Beratung zur Ferdinand-von-Schill-Straße und der Zerbster Straße gab. Die Verantwortlichkeiten für die folgenden Beratungen wurden geklärt und daher

wundert sie sich über die Aussage von Herrn Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, da die Stadtverwaltung diesen Prozess mit begleitet.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, ist verwundert, da der Ratssaal am 05.02.2019 durch das Büro der Beigeordneten für Finanzen reserviert wurde und dies der zuständigen Mitarbeiterin von Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt mitgeteilt wurde.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, antwortet, dass sie dann die Anfrage von Herrn Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, erst recht nicht nachvollziehen kann.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, bittet darum, dies untereinander zu klären.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, geht auf die Transparenz im Stadtrat und in den Ausschüssen ein. Er fragt, ob bei der Beantragung zur Akteneinsicht, alle Fraktionen informiert werden. Nach seinen Informationen haben die Stadträte Herr Weber, Herr Adamek und Herr Hernig eine Akteneinsicht zum Thema Partnerschaft für Demokratie genommen. Dies war dann ein Thema im Rechnungsprüfungsausschuss als Informationsvorlage. Er hätte sich gewünscht, dass der Herr Stadtrat Weber in diesem Ausschuss auch so moderat aufgetreten wäre. Denn Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, lässt es nicht zu, dass ehrenamtliche engagierte Personen so vorgeführt werden. Für ihn ist es wichtig einen Schaden für die Stadt Dessau-Roßlau abzuwenden. Er wünscht sich in Zukunft, dass auch die anderen Fraktionen informiert werden und im Ausschuss nicht „überfallen“ werden.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, stellt richtig, dass alle Fraktionen von der Akteneinsicht informiert wurden und das Ergebnis direkt dem Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, Herrn Krause, mitgeteilt wurde.

Frau Storz, Fraktion SPD, stellt eine Anfrage zur ehemaligen Südschwimmhalle. Im Namen der SPD soll geprüft werden, ob diese Halle als Eislaufhalle umgebaut werden kann. Dadurch könnte sich der Besucherstrom in der Stadt Dessau-Roßlau erhöhen. Sie regt an, dass die Aufwendungen und Kosten geprüft werden und die Kostenaufstellung und Schätzung der Machbarkeit ausgereicht werden.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, antwortet, dass für dieses Objekt eine Veräußerung geprüft wurde. Das Grundstück wurde ausgeschrieben und es ist ein Angebot eingegangen. Dieses wurde durch die Verwaltung verworfen und die jetzige Arbeitsrichtung ist eine wirtschaftliche Prüfung, ob die Fläche beräumt wird, um Bebauungsplätze auszuweisen. Der Vorschlag von Frau Storz, Fraktion SPD, wird jedoch geprüft.

Herr Puttkammer, Fraktion CDU, ist von einem Bürger gebeten worden, ein Dankeschön gegenüber den Mitarbeitern der Firma Höbel & Meyer auszusprechen. Bei dem Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters ist eine schwer gehbehinderte Person mit dem Fahrstuhl nach oben gefahren und hätte nicht weiterlaufen können, da dort Tische und Stühle standen. Die Mitarbeiter haben die Tische zur Seite geräumt, haben ein Sitzplatz geschaffen und haben den Herrn den ganzen Abend über sehr freundlich bedient. Es geht also auch ganz anders in dieser Stadt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, fragt, ob das Handyparken die Parkgebühren in der Stadt Dessau-Roßlau erhöhen wird.

Dann macht er darauf aufmerksam, dass es bei der Abstimmung des Farbvorschlages des Asphalttes vor dem Bahnhof, ein entsprechendes Protokoll gibt und dieses auch mehrheitlich akzeptiert wurde. Dieser stimmt mit dem heutigen Farbvoranschlag nicht überein. Daher besteht die Frage, welche technischen Möglichkeiten es gibt, um dies zu kompensieren.

Außerdem hat er den Eindruck, dass die Veranstaltung zur Ferdinand-von-Schill-Straße im großen Einvernehmen und Engagement stattgefunden hat und dies sollte die weitere Arbeitsrichtung sein.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, bittet **Herrn Säbel, Leiter des Tiefbauamtes** um eine Stellungnahme. Im Stadtrat gab es keine Einwände diesbezüglich.

Herr Säbel, Leiter des Tiefbauamtes, antwortet, dass die Möglichkeiten noch in der Abstimmung sind. Eine Möglichkeit wäre es noch einmal neu zu machen, aber dies bedarf einer Abstimmung. Er bittet um Geduld und es wird im nächsten Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt eine Information dazu geben.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, kommt auf den Redebeitrag von Herrn Berghäuser, Fraktion Die Linke, zurück. Zur Transparenz gehören auch fraktionslose Stadträte. Er hätte ebenfalls gerne eine Information dazu erhalten.

Dann macht er auf ein Problem aufmerksam, bei dem er bereits eine nicht zufriedenstellende Antwort erhalten hatte. Die Kreuzung der Flössergasse zur Muldstraße ist seines Erachtens ein Unfallschwerpunkt. Es handelt sich um eine „Tempo 30-Zone“ welche mit Schrittgeschwindigkeit angefahren werden muss, um die Situation einzuschätzen. Diese Unfallquelle könnte durch ein Vorfahrtsschild an der Flössergasse geregelt werden oder durch einen Verkehrsspiegel, um eine bessere Einsicht zu haben.

Außerdem gab es vor einiger Zeit einen Vortrag zur Digitalisierung der Stadt Dessau-Roßlau. Dazu bittet er um einen Zwischenstandsbericht in einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates.

Dann bemängelt er die Straßenzustände in den Vororten bei den unbefestigten Straßen. Es ist klar, dass bei Bodenfrost nicht geschoben werden kann, aber es sollten bestimmte Problemstellen in der Stadt zwei Mal im Jahr geschoben werden. Die Problemstellen sollten beseitigt und über eine Schotterung nachgedacht werden.

Zuletzt hat er der Mitteldeutschen Zeitung entnommen, dass der Belag des Radweges auf der Friedensbrücke löst. Er bittet um nähere Auskünfte, da aus der Zeitung nicht viel entnommen werden konnte.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion, findet es schade, dass sich der Tagesordnungspunkt sich in die Länge zieht, da vieles in den Ausschüssen geklärt werden kann und sogar bereits besprochen wurde. Es befinden sich wohl einige Parteien

bereits im Wahlkampf. Sie merkt an, dass die Freie Fraktion bleiben wird und im Gegensatz zu den anderen Fraktionen, kein Parteibuch besitzen.

Frau Stöbe, Fraktion Die Linke, bezieht sich auf den Aktionstag am 09.03.2019 aus der Rede des Herrn Oberbürgermeisters Kuras und liest den Aufruf des Netzwerkes Gelebte Demokratie vor: „Unter dem Motto „Farbe bekennen“ ein Regenbogen für Demokratie und Weltoffenheit. Die Menschenkette für Frieden und Toleranz war seit 2013 eine gelungene Veranstaltung unserer Stadt. Nach 6 Jahren möchten wir gemeinsam mit Ihnen etwas Neues wagen. Es werden alle dazu herzlich eingeladen, diese Choreografie mit zu unterstützen. Der Regenbogen soll auf dem Marktplatz nachgebildet werden.“ Sie ist froh, dass der Herr Oberbürgermeister Kuras dies ebenfalls mit unterstützt. Bereits am 07.03.2019 wird der Gedenkgottesdienst mit Mahnwachen in der Stadt Dessau-Roßlau sein. Für den 09.03.2019 bittet sie um Unterstützung aus dem Stadtrat und bittet diesbezüglich um ein Handzeichen der Stadträte.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, ist froh, dass das Quartierskonzept „Am Leipziger Tor“ weiter bearbeitet wird. Er war am Montag in Halle, wo eine Veranstaltung unter dem Aspekt „Bildung, Stadt, Quartier“ stattgefunden hat. Es war eine interessante Veranstaltung, bei der auch Vertreter der Städte Halle, Eisenach, Dresden, Erfurt und Dessau-Roßlau anwesend waren. Aus der Stadt Dessau-Roßlau war leider nur die Vertreterin des Bildungsbüros anwesend, für die Quartiersentwicklung wäre es wichtig gewesen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, informiert, dass es einen Austausch mit den Kollegen gibt und wenn jemand aus der Stadtverwaltung hinfährt, wird die Information weitergegeben.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die Anfrage, wer den Aufruf des Oberbürgermeisters Herrn Kuras bezüglich des Aktionstags am 09.03.2019 unterstützt und bittet um ein Handzeichen.

Abstimmungsergebnis: 37 / 2 / 1

7 Beschlussfassungen

7.1 Benennung von Delegierten und Gästen für die 40. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 4. bis 6. Juni 2019 in Dortmund Vorlage: BV/025/2019/I-OB

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, schlägt für die Wahlkommission folgende Stadträte vor: Herrn Glathe, CDU-Fraktion, Herrn Semper, Fraktion Die Linke, Herrn Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen sowie Herrn Tschammer, Fraktion der SPD.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Es erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel sowie die Auszählung dieser durch die Wahlkommission, bestehend aus Herrn Glathe, CDU-Fraktion, Herrn Semper, Fraktion Die Linke, Herrn Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen sowie Herrn Tschammer, Fraktion der SPD.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gibt nach der Auszählung folgendes Wahlergebnis bei 40 Stimmenabgaben bekannt:

21 Stimmen für Frau Karin Stöbe, Fraktion Die Linke,
 10 Stimmen für Frau Angela Müller, Fraktion SPD,
 17 Stimmen für Herrn Heinz Bierbaum, Fraktion CDU,
 17 Stimmen für Herrn Hans Georg Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Für Herrn Heinz Bierbaum, Fraktion CDU, sowie Herrn Hans Georg Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, muss somit eine Stichwahl durchgeführt werden.

Es erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel für die Stichwahl sowie die Auszählung dieser durch die Wahlkommission, bestehend aus Herrn Glathe, CDU-Fraktion, Herrn Semper, Fraktion Die Linke, Herrn Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen sowie Herrn Tschammer, Fraktion der SPD.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gibt nach der Auszählung folgendes Wahlergebnis bei 39 Stimmenabgaben bekannt:

19 Stimmen für Herrn Heinz Bierbaum, Fraktion CDU,
 18 Stimmen für Herrn Hans Georg Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau
 2 Stimmen waren ungültig

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gibt somit folgenden Beschluss bekannt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt nach erfolgter Wahl:

1. Als stimmberechtigte Delegierte nehmen folgende zwei Stadträte an der Hauptversammlung teil:

Delegierte(r): Herr Heinz Bierbaum, CDU-Fraktion

Delegierte(r): Frau Karin Stöbe, Fraktion Die Linke

2. Als Gäste ohne Stimmrecht nehmen folgende zwei Stadträte an der Hauptversammlung teil:

Gast: Frau Angela Müller, SPD-Fraktion

Gast: Herr Hans-Georg Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.2 Wahl der Beigeordneten für Finanzen der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/321/2018/I-OB

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, geht aufgrund ihres Bekanntheitsgrades nur kurz auf ihre Person ein und legt umfangreich ihre bisherige Tätigkeit als Beigeordnete für Finanzen dar.

Anschließend erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel sowie die Auszählung dieser durch die Wahlkommission, bestehend aus Herrn Glathe, CDU-Fraktion, Herrn Semper, Fraktion Die Linke, Herrn Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen sowie Herrn Tschammer, Fraktion der SPD.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gibt nach der Auszählung folgendes Wahlergebnis bekannt:

Von 40 abgegebenen Stimmen ist eine Stimme ungültig, 33 StadträtInnen stimmen für die Wahl von Frau Nußbeck, 06 dagegen.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen nimmt die Wahl an.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, stellt eine Anfrage zu den verteilten Wahlzetteln. Er ist schon sehr lange im kommunalpolitischen Geschäft, aber er persönlich und andere, haben so etwas noch nicht erlebt. Auf dem Wahlzettel, stand nur ein Kästchen, mit der Möglichkeit, ein „Ja“ anzukreuzen. Es war kein „Nein“ und auch keine „Enthaltung“ Möglichkeit da. Trotzdem wurde ein Ergebnis von 33:06:00 festgestellt. Er bittet um eine schriftliche Mitteilung an die Freie Fraktion, was es mit diesem Wahlzettel auf sich hat und wenn die rechtlichen Grundlagen dafür da sind, dann kann dies mitgeteilt werden.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, merkt an, dass das Büro des Stadtrates die Stimmzettel zusammen mit dem Rechtsamt abgestimmt hat. Außerdem hat er möglicherweise nie an einer Wahl teilgenommen, bei der nur eine Person gewählt werden konnte. Der Verfahrensweise wurde korrekt durchgeführt.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, bittet dennoch um eine schriftliche Antwort.

Zwischen der Auszählung der abgegebenen Stimmen für die durchgeführten Wahlen und der Bekanntgabe der Ergebnisse, wurde in der Zeit von 18:05 Uhr bis 18:37 Uhr eine Pause durchgeführt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt im Benehmen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau

Frau Sabrina Nußbeck

zur Beigeordneten für Finanzen der Stadt Dessau-Roßlau.

Abstimmungsergebnis: laut Wahlergebnis: 33:06:00

7.3 Geldanlagen der Stadt Dessau-Roßlau nach Wegfall der Einlagensicherung für Kommunen bei Privatbanken
Vorlage: BV/433/2018/II-20

Einer konservativen Anlagestrategie der Stadt Dessau-Roßlau, bei der Sicherheit vor Ertrag geht, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, hat an der Abstimmung nicht teilgenommen (39).

7.4 vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 67 „Altersgerechtes Wohnen am Schillerplatz“ / Einleitung und Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/336/2018/III-61

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, gibt bekannt, dass er und seine Fraktion, der Beschlussvorlage zustimmen werden. Außerdem hat er noch einige Bemerkungen zum Bebauungsplan und der Verfahrensweise am Schillerplatz.

Auf Nachfrage von **Herrn Berghäuser, Fraktion Die Linke,** gibt **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates,** das Ergebnis vom Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus (07:00:00) bekannt.

Beschluss:

1. Dem in der Anlage 2 zu diesem Beschluss enthaltenen Antrag des Saarländischen Schwesternverbandes e. V. auf Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes der Innenentwicklung wird stattgegeben.
2. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 67 „Altersgerechtes Wohnen am Schillerplatz“ wird für das in Anlage 3 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet, zu dem die Flurstücke 237/2 der Flur 19 sowie 711 der Flur 1, Gemarkung Roßlau gehören, beschlossen.
3. Mit der Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist darauf hinzuweisen, wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann und dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann. Zur Grundlage der Beteiligung werden die in der Anlage 4 dem Antrag beigefügten Unterlagen bestimmt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage eines Vorhaben- und Erschließungsplans mit dem Vorhabenträger einen Vertragsentwurf zur Durchführung innerhalb einer bestimmten Frist und zur Tragung der Planungs- und Er-

schließungskosten abzustimmen. Der Vertragsentwurf ist der Beschlussvorlage zur Offenlage des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes beizufügen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, nahm wieder an der Sitzung teil (40).

**7.5 10. Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplanes – Stadtteil Dessau: Zentraler Versorgungsbereich Heidestraße/Südstraße / Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/348/2018/III-61**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Ergebnis vom Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Umwelt (07:00:00) bekannt.

Beschluss:

1. Der in der Anlage 2 beigefügte Geltungsbereich zur 10. Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplanes (FNP) – Stadtteil Dessau wird bestätigt.
2. Der in der Anlage 3 beigefügte Entwurf zur 10. Änderung und Ergänzung des FNP – Stadtteil Dessau in der Fassung vom 24.10.2018 und die dazugehörige Begründung mit Umweltbericht in Anlage 4 werden gebilligt.
3. Der gebilligte Entwurf zur 10. Änderung und Ergänzung des FNP – Stadtteil Dessau in der Fassung vom 24.10.2018 und die dazugehörige Begründung mit Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 BauGB zusammen mit den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen in Anlage 5 öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.6 Bebauungsplan Nr. 223 „Sondergebiet Handel an der Südstraße“ mit örtlicher Bauvorschrift - Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/349/2018/III-61**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Ergebnis vom Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Umwelt (07:00:00) bekannt.

Beschluss:

1. Der in der Anlage 3 beigefügte Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 223 „Sondergebiet Handel an der Südstraße“ mit örtlicher Bauvorschrift in der Fassung vom 24.10.2018 und die dazugehörige in der Anlage 4 beigefügte Begründung mit Umweltbericht werden gebilligt.
2. Der gebilligte Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 223 „Sondergebiet Handel an der Südstraße“ mit örtlicher Bauvorschrift in der Fassung vom 24.10.2018 und die dazugehörige Begründung mit Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 BauGB zusammen mit den Anlagen 4.1 bis 4.7 und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen (Anlage 5) öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.7 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 226 "Gewerbestandort am Wäldchen in Rodleben" - Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/435/2018/III-61

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Ergebnis vom Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Umwelt (07:00:00) bekannt.

Beschluss:

1. Der in der Anlage 2 beigefügte geänderte Geltungsbereich für den Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 226 „Gewerbestandort am Wäldchen in Rodleben“ wird bestätigt.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 226 „Gewerbestandort am Wäldchen in Rodleben“ in der Fassung vom 24.10.2018 (Anlage 3) sowie der Entwurf der Planbegründung in der Fassung vom 24.10.2018 mit den als Anlagen beigefügten Fachgutachten (Anlage 4) werden gebilligt.
3. Der gebilligte Entwurf des Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 226 „Gewerbestandort am Wäldchen in Rodleben“ sowie die dazugehörige Planbegründung sind einschließlich der vorliegenden Fachgutachten gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.8 Bebauungsplan Nr. 164 "Flössergasse" mit örtlichen Bauvorschriften
- Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/436/2018/III-61**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Ergebnis vom Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Umwelt (07:00:00) bekannt.

1. Die nach dem Abwägungsbeschluss (BV/001/2018/III-61) vom 28. Februar 2018 vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie in der Art und Weise zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 2 in den beiliegenden Abwägungsvorschlägen angegeben ist.
2. Die in Anlage 3 beigefügte Begründung mit Anlagen und Anhängen zum Bebauungsplan wird gebilligt.
3. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB und § 85 Abs. 3 BauO LSA sowie § 8 KVG LSA beschließt der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau den in der Anlage 4 beigefügten Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 12. November 2018, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

**7.9 Bund-Länder-Programm "Zukunft Stadtgrün" im Rahmen der Städtebauförderung - Antrag auf Programmaufnahme und Maßnahmen für das Programmjahr 2019
Vorlage: BV/468/2018/III-61**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Ergebnis vom Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Umwelt (07:00:00) bekannt und informiert, dass es eine Änderung der Anlage 2 gibt, welche vor Beginn der Sitzung den Stadträten ausgeteilt wurde.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, gibt eine Einführung zu der Beschlussvorlage. Im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, kam der Änderungsantrag von Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bei der großen Flächenausweisung, dann noch den Kühnauer See sowie den Kühnauer Park mit einzubeziehen. Insofern ist die geänderte Anlage 2 bereits im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt beschlossen worden.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, hat die Bedenken, dass das ausgewiesene Gebiet zu groß ist und bittet darum, sich zukünftig auf die vorhandenen Planungen, wie zur Landesgartenschau, zu konzentrieren.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stimmt Herrn Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, zu. Da das ausgewiesene Gebiet bereits so groß war, hat er den Antrag gestellt, den Teil des Weltkulturerbes „Kühnauer Park“ mit einzubeziehen.

Beschluss:

1. Die Abgrenzung des Fördergebietes gemäß Anlage 2 wird bestätigt.
2. Die in der Anlage 3 aufgeführte Maßnahme wird für die Einreichung beim Fördermittelgeber bestätigt.
3. Zur Fristwahrung wird der Antrag nach Behandlung in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters unter dem Vorbehalt der Bestätigung durch den Stadtrat gestellt.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.10 Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss
Kauf und Aufstellung von Unterrichtscontainern in der Regenbogenschule in Dessau
- Kostenerhöhung -
Vorlage: BV/416/2018/III-65**

Herr Adamek, Fraktion CDU, macht auf die Kostenerweiterung von insgesamt 1.000.000 € in der Beschlussvorlage und der folgenden Beschlussvorlage aufmerksam. Er fragt, wie die Kostenerhöhungen zustande kamen und weshalb sich das Funktionalmaß geändert hat.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, informiert, dass dieses Thema im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt ausführlich beraten wurde und Herr Bekierz, Leiter des zentralen Gebäudemanagements, auf die aktuelle Marktlage aufmerksam gemacht hat.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, merkt an, dass im Ausschuss für Finanzen darüber beraten wurde. Das Land Sachsen-Anhalt hat lange nicht über die Fördermittelprogramm entschieden und somit gab es einen Kostenaufwuchs wie in allen Baubereichen. Das Land Sachsen-Anhalt hat den Fehler erkannt und hat im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes den Kommunen insgesamt 20.000.000 € mehr zu Verfügung gestellt.

Herr Mau, Fraktion CDU, macht auf die vielen leerstehenden Containersiedlungen in verschiedenen Städten in Deutschland aufmerksam. Diese hätten sicher preisgünstig erworben werden können.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, macht auch auf die Engpässe bei den Anbietern aufmerksam.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, bittet Herrn Bekierz, Leiter des zentralen Gebäudemanagements um eine Stellungnahme.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, hat einen Einwand diesbezüglich. Das Thema wurde bereits in den Ausschüssen besprochen und die Ursache liegt bei der Landesregierung Sachsen-Anhalt.

Beschluss:

1. Der beschlossene Ausgabebedarf von 1.050.000 € wird um 383.000 € erhöht und mit dem neuen geschätzten Gesamtausgabebedarf i. H. v. 1.433.000 € beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:02

**7.11 Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss
Anbau in Modulbauweise zur Erweiterung des Schulgebäudes am
Standort des Gymnasiums "Walter Gropius"
- Kostenerhöhung -
Vorlage: BV/465/2018/III-65**

Beschluss:

1. Aufgrund des Submissionsergebnisses für den Modulbau erhöht sich der geschätzte Ausgabebedarf von 2.800.000 € auf 3.390.000 €.
2. Vorbehaltlich einer genehmigten Haushaltssatzung 2019 wird der Ansatz für die Erweiterung des Schulgebäudes überplanmäßig um die erforderlichen 590.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: 38:00:02

**7.12 Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes über die
überörtliche Prüfung in der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Schwer-
punkt "Prüfung der Maßnahme Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11)
im Zuge der B 185 in Dessau" vom 28.12.2017
Vorlage: BV/155/2018/III-66**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, informiert, dass es sich um eine Wiedervorlage handelt.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, gibt einige Anmerkungen zur Niederschrift. Der Landesrechnungshof hat sich in den Feststellungen kritisch gegenüber der Stadt Dessau-Roßlau geäußert. Es wurde aber in der Stellungnahme nicht berücksichtigt, dass auch politische Abwägungen getroffen wurden. Es sind starke Mehrkosten entstanden, da der Stadtrat den Beschluss getroffen hat, eine 3-spurige Ersatzbrücke zu errichten. Bei einer 2-spurigen Ersatzbrücke, hätten die Kosten diesbezüglich nur 20% betragen. Zudem hat der Stadtrat den Beschluss mindestens einmal verzögert, da erst die Brücke für die Ostrandstraße gebaut werden sollte. Mit der Stellungnahme wird allein die Verwaltung verantwortlich gemacht.

Herr Adamek, Fraktion CDU, stimmt Herrn Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen zu. Dennoch fehlt ihm in der Stellungnahme der Punkt, indem die Fehler in der Planung eingeräumt werden.

Beschluss:

Der Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 28.12.2017 gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 24:11:05

**7.13 Einführung der Mittelstandsförderrichtlinie
Vorlage: BV/293/2018/IV-80**

Beschluss:

1. Resultierend aus dem gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzept und der damit verbundenen Zielsetzung zur Förderung der Wirtschaft am Standort Dessau-Roßlau erfolgt die Einführung einer „Mittelstandsförderrichtlinie“.
2. Die notwendigen Haushaltsmittel werden ab dem Jahr 2019 zur Verfügung gestellt.
3. Gegenüber dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie dem Stadtrat wird über die Umsetzung der Richtlinie durch die Verwaltung im Jahr 2019 und 2020 vierteljährlich berichtet und gegebenenfalls eine notwendige Anpassung diskutiert.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.14 Betrauung des Vereins WelterbeRegion Anhalt-Dessau-Wittenberg e.V.
Vorlage: BV/370/2018/IV-80**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet um eine Berichterstattung des Vereins über sein Wirken und die Ergebnisse der Arbeit.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Ergebnis vom Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Umwelt (05:00:00) bekannt.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt, den Verein WelterbeRegion Anhalt-Dessau-Wittenberg e.V. für einen Zeitraum von zehn Jahren mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsprechend des als Anlage 1 beigefügten Betrauungsaktes zu betrauen.
2. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau, den Betrauungsakt an den Verein WelterbeRegion Anhalt-Dessau-Wittenberg e.V. zu erlassen.

3. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister im Beirat und in der Mitgliederversammlung des Vereins darauf hinzuwirken, dass die Regelungen des Betrauungsaktes eingehalten insbesondere die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben erfüllt werden.
4. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister, redaktionelle Änderungen der Betrauung insbesondere Anpassungen und Veränderungen, die keine Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung darstellen sowie Anpassungen an zwingende Vorgaben des europäischen oder nationalen Rechts vorzunehmen. Über Änderungen des Betrauungsaktes ist der Stadtrat in der nachfolgenden Sitzung zu informieren.

5.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

7.15 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss

Vorlage: BV/010/2019/V-StR

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, macht darauf aufmerksam, dass eine geheime Wahl in diesem Fall nicht notwendig ist und somit die offene Wahl durchgeführt werden soll.

Es gab keine Einwände diesbezüglich.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt auf Vorschlag des K.I.E.Z. e.V. Dessau,

Frau Mandy Münch

als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis: 37:00:03

7.16 Satzung über das Aufnahmeverfahren an den Gymnasien und der Gemeinschaftsschule in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/455/2018/V-40

Beschluss:

1. Die Satzung über das Aufnahmeverfahren an den Gymnasien in Trägerschaft der Dessau-Roßlau wird beschlossen.
2. Die Satzung über das Aufnahmeverfahren an der Ganztagschule Zoberberg Dessau – Gemeinschaftsschule wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 7.17 Änderung der Satzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/460/2018/V-40

Beschluss:

Die Änderung der Satzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen. Die Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 7.18 Honorarordnung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/461/2018/V-40

Beschluss:

Die Honorarordnung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen. Die Honorarordnung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 7.19 Änderung der Satzung der Musikschule "Kurt Weill" der Stadt Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/462/2018/V-40

Beschluss:

Die Änderung der Satzung der Musikschule „Kurt Weill“ der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen. Die Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 7.20 Honorarordnung der Musikschule "Kurt Weill" der Stadt Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/463/2018/V-40

Beschluss:

Die Honorarordnung für die Musikschule „Kurt Weill“ der Stadt Dessau-Roßlau beschlossen. Die Honorarordnung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

10 Schließung der Sitzung

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, schließt die Sitzung des Stadtrates um 19:54 Uhr.

Dessau-Roßlau, 21.03.19

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schrifführer